

	Antrags-Nr.	
	1115-AT/2013	

Antrag

Herr Oliver Pfeffer
Fraktionsvorsitzender der
FDP-Stadtratsfraktion

Betreff
Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Aussetzung der GEZ-Gebühren

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	13.03.2013	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	20.03.2013	

I. Beschlussvorschlag

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Aussetzung der GEZ-Gebühren nach dem Ankündigungsbescheid und beauftragt die Oberbürgermeisterin mit der Einleitung eines Widerspruchsverfahrens, sobald ein rechtsgültiger Gebührenbescheid vorliegt.**

II. Begründung

Der TLZ Eisenach vom 31.01.2013 ist zu entnehmen:

„Die Stadt Eisenach will ihre künftigen Rundfunkbeiträge zahlen und erwägt derzeit nicht - wie zum Beispiel Medienberichten zufolge die Stadt Köln - dies zu stoppen....“

Ab Januar 2013 sind für jede Dienststelle und Betriebsstätte der Verwaltung, jedes kommunale Kraftfahrzeug, jede Kindertageseinrichtung, jeden Jugendtreff, jedes Stadtteilzentrum, die Volkshochschule etc. Gebühren zu zahlen. Dadurch erhöhen sich die Kosten für den öffentlichen Rundfunk in der Stadtverwaltung und den städtischen Eigenbetrieben in deutlicher Höhe.

Angesichts der zu erwartenden finanziellen Mehrbelastung und der ungewissen Frage um die Rechtmäßigkeit der Erhebung der künftigen GEZ-Gebühr, sollte auch die Stadt Eisenach bis auf weiteres die Rundfunkgebühren nicht zahlen. Noch gibt es keinen beschlossenen Haushalt, die Defizite mehren sich. In dieser Situation kann es sich die Stadt nicht leisten, Gebühren auf Verdacht zu entrichten. Solange es keinen nachvollziehbaren Bescheid für die Stadt Eisenach gibt und keine Information der Kämmerei vorliegt, wie die Zusatzkosten durch die Steigerung der Abgabe abgedeckt werden können, darf das Geld der Steuerzahler nicht angewiesen werden und daher beantragen wir die Aussetzung der Gebühreuzahlung. Es steht jeder Stadt, wie auch jedem Privathaushalt und Unternehmen frei, den GEZ-Gebührenbescheid anzufechten. Auch die Stadt Köln hat die Zahlung vorerst verweigert.

Die Doppel- und Mehrbelastung für Unternehmen und Bürger ist für uns Liberale nicht hinnehmbar. Wir erwarten eine Klärung der Gebührenpraxis beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Herr Oliver Pfeffer
Fraktionsvorsitzender der
FDP-Stadtratsfraktion